



## Öffnung setzt innenpolitische Reformen voraus

Referat von Jacqueline Fehr, Nationalrätin ZH, Vizepräsidentin der SP Schweiz

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Anfang Monat sprach mich an Rande einer Veranstaltung in einer Agglomerationsstadt eine Frau an. Ich schätzte ihr Alter auf rund 45 Jahre. Ich solle auf jeden Fall dafür sorgen, dass diese „mittelschichtsfeindliche Personenfreizügigkeit“ - das waren ihre Worte - aufhöre. Sie ist als Projektleiterin im IT-Bereich tätig, geschieden, hat zwei schulpflichtige Kinder, wohnt in einer gemieteten 4,5-Zimmer-Wohnung - keine Genossenschaftswohnung! - und zahlt dort pro Monat 2'500 Franken ohne Nebenkosten. Und wenn's CVP und FDP auch nicht wahrhaben wollen: Die Kritik an der Personenfreizügigkeit ist in der Mittelschicht angekommen.

Ein Beispiel mehr, das darauf hindeutet, dass wir mit der Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien bei der Bevölkerung auf heftigen Widerstand stossen werden. Und ich bin versucht zu sagen: zu Recht!

Die Personenfreizügigkeit hat bisher der schweizerischen Volkswirtschaft gut getan. Sie hat einen Bauboom ausgelöst, damit und durch den zusätzlichen Konsum das Wachstum gesteigert, die Kassen der Sozialversicherungen gefüllt und die Personalengpässe entschärft. Und während in der Vergangenheit der wirtschaftliche Aufschwung jeweils immer nach kurzer Zeit durch den Mangel an hochqualifizierten Mitarbeitenden gestoppt wurde, ist das mit der Personenfreizügigkeit nicht mehr der Fall. Das zeigen die Zahlen und diese lügen bekanntlich nicht.

Was die offiziellen Wachstumszahlen jedoch nicht zeigen, ist die Verteilung dieses Nutzens. Und hier sieht die Geschichte ganz anders aus. Während die obersten Löhne in die Höhe schnellen, stagnieren die mittleren Einkommen. Mehr noch: Vielen Menschen in der so oft zitierten Mittelschicht stehen heute nach Abzug der Kosten für Miete, Krankenkassen, Krippentarifen und Steuern weniger Mittel zu Verfügung als zu Beginn des Jahrhunderts.

Die Problemfelder sind bekannt. Arbeitsmarkt, Wohnen, Vereinbarkeit Beruf und Familie und Bildung: aus ideologischen Gründen und einer Fixierung auf die Staatsquote wird auf staatliche Investitionen in unsere Zukunft verzichtet. Und über all dem eine Steuerpolitik, die einem Entwicklungsland gleicht. Die Schweiz lockt mit den europaweit tiefsten Unternehmenssteuern Unternehmen auf Teufel komm raus ins Land, derweil uns bereits heute allorts die Arbeitskräfte fehlen.

### **Aufwachen Herr Bundesrat Schneider-Ammann!**

Wenn wir die Unterlassungen der Vergangenheit nicht mit Hochdruck lösen und die entsprechenden Reformen umsetzen, droht an der Urne ein Nein zur Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien. Es reicht nicht, von den Früchten der Personenfreizügigkeit zu schwärmen, wenn nicht alle einen Schnitz davon erhalten. Meine grösste Sorge ist, dass der Bundesrat und dabei in erster Linie Wirtschaftsminister

Schneider-Ammann sowie FDP, CVP und Arbeitgeberkreise zu spät merken, was es geschlagen hat. Es reicht nicht, die statistischen Daten runter zu beten. Der Mensch lebt nicht von der Durchschnittszahl, sondern vom Franken, der ihm im Portemonnaie bleibt.

Die Frage, die sich alle stellen, die an einer offenen Schweiz interessiert sind, heisst also: Welche Reformen braucht unser Land, damit die Menschen weiteren Öffnungsschritten zustimmen? Die Antwort ist einfach: Es sind Reformen, welche sicherstellen, dass die Früchte des Wachstums und damit auch der Personenfreizügigkeit allen zu Gute kommen und nicht nur ein paar wenigen. Es sind Reformen für einen besseren Arbeitnehmerschutz, Reformen im Wohnungs- und Mietwesen, Reformen in der Familien- und Bildungspolitik sowie Reformen in der Steuerpolitik.

### **Arbeitsmarktpolitik: Bessere und sichere Löhne**

Mindestlöhne verhindern Lohndumping, sichern das Lohngefüge gegen unten und damit auch die mittleren Löhne und stärken die Sozialversicherungen. Heute arbeiten mehr als 430'000 Menschen zu einem Lohn unter 4'000 Franken. Solche Löhne sind nicht nur unanständig, sie gefährden auch den sozialen Frieden. Zudem müssen sie in der Regel vom Staat über die Sozialhilfe subventioniert werden. Und sie sind für viele Menschen der Grund, weshalb sie nicht mehr bereit sind, der weiteren Öffnung der Schweiz zuzustimmen. Denn Lohndumping ist nicht nur für die direkt Betroffenen ein persönliches Drama, sondern macht auch den Leuten mit mittleren Löhnen Angst.

Für die SP Schweiz ist klar: Offene Grenzen brauchen einen stärkeren Arbeitnehmerschutz: Dazu sind Massnahmen wie die vereinfachte und wirkungsvollere Allgemeinverbindlichkeitserklärung von GAV, die früh- und damit rechtzeitige Einführung von Mindestlöhnen via kantonale und nationale Normalarbeitsverträge oder aber gesetzliche Mindestlöhne zwingend.

Zudem braucht es zusätzliche Reformen für die Fokusregionen. Dazu wird Marina Carobbio nähere Ausführungen machen.

### **Bildungs- und Familienpolitik: Mehr öffentliche Mittel für Kita, Ganztageschulen und eine Bildungsoffensive**

Jahr für Jahr ist die Schweiz auf rund 600 zusätzliche Ärztinnen und Ärzte aus dem Ausland angewiesen, um die medizinische Versorgung in den Spitälern und Pflegeheimen sicherzustellen. Bei den Pflegeberufen sind es vierstellige Zahlen. Ebenso bei der Physiotherapie. Knappheit haben wir auch in vielen anderen Berufsfeldern und zwar auf allen Qualifikationsstufen.

Die Unterlassungen sind auch hier offensichtlich. Ich wähle zwei konkrete Beispiele:  
1. Aufgrund der nach wie vor misslichen Situation bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie arbeiten die meisten Mütter nur in einem kleinen Teilzeitpensum. Das hindert sie an der beruflichen Weiterentwicklung und wertet ihre Ausbildung ab. Für jede Pflegefachfrau, Lehrerin, kaufmännische Angestellte, Ingenieurin, Zugsbegleiterin und Ärztin, die nicht in ihrem gewünschten höheren Pensum arbeiten kann, weil es keine Kita hat, sie zu teuer ist

oder die Schule es noch immer nicht fertig bringt, eine vernünftige Ganztagesstruktur anzubieten, muss eine Person aus dem Ausland angeworben werden.

2. Es müssten nicht jährlich 600 ausländische Ärztinnen und Ärzte in die Schweiz kommen, wenn wir selber genügend ausbilden würden. Doch statt genügend Studienplätze anzubieten, haben sich die Kantone in den vergangenen Jahren beim Senken der Spitzensteuersätze überboten. Das holt uns nun ein.

Wer verhindern will, dass die fanatische Steuersenkungspolitik mit dem Preis eines Neins zur Fortsetzung der Personenfreizügigkeit bezahlt werden muss, tut gut daran, subito mehr Mittel in die Ausbildung unserer eigenen jungen Generation, in die Weiterbildung der älteren Angestellten sowie in ein flächendeckendes Angebot an Kitas und Ganztageschulen zu investieren.

Für die SP Schweiz ist klar: Berufsleute aus dem Ausland abwerben, weil man selber die Mittel für die Aus- und Weiterbildung oder für die Kinderbetreuung nicht investieren will, ist für ein reiches Land wie die Schweiz unethisch. Sie macht ein Mass an Zuwanderung nötig, das den hier ansässigen Leuten den Glauben nimmt, dass die Politik ihr Wohl im Auge hat.

Eine offene Schweiz bedingt innenpolitische Reformen. Ohne diese wird die SP Schweiz die Weiterführung der Personenfreizügigkeit in der Abstimmung über die Ausdehnung auf Kroatien nicht unterstützen.